Es gilt das gesprochene Wort.

Eingangsstatement der Anhörung im Deutschen Bundestag zum Digitalen Identitätengesetz (DIdG)[1]

6. Oktober 2026

Sehr geehrte Mitglieder des Deutschen Bundestages, liebe Damen und Herren,

digitale Identitätssysteme sind ***Dual Use Technologien***. Manche Anwendungsfälle sind positiv, aber falsch eingesetzt hat diese Technik enormes Potential für Überwachung, Kontrolle und Exklusion.

Die Bundesregierung sagt selbst: *Pseudonyme Nutzung, Zero-Knoweldge oder Unbeobachtbarkeit* – all diese Schutzgarantien aus dem EU-Rechtsrahmen werden bis zum 2. Jänner nicht fertig sein. Was folgt daraus? eGovernment – das müsste möglich sein, machen die meisten EU Länder seit 10 Jahren.

Aber Anwendungsfälle der unregulierten Privatwirtschaft, Big Tech, Arbeits- und Wohnungsmarkt, Arztbesuch? Auf gar keinen Fall!

Eine Baustelle bekommt ein Tempolimit. Warum bekommt eine unfertige Wallet keine Einsatzgrenzen?

– der Funktionsumfang darf dem Schutzumfang nicht vorauseilen.

Das Risiko dieser unfertigen Technik darf nicht der Bevölkerung aufgehalst werden. Sie haben es in der Hand: Anwendungsfälle müssen sowieso schon vorab registriert werden. Wieso nicht die Gefährlichsten zurückhalten. Es braucht Prüfmöglichkeiten für den BfDI. Sie bauen hier ein Ökosystem: vergessen sie nicht die Müllabfuhr.

Und es braucht dringend nicht-rückverfolgbare Pseudonyme überall dort wo es keine rechtliche Verpflichtung zur Identifizierung gibt.

Nächste Punkt: Biometrie. Signierte Passbilder an beliebige Firmen weiter zu geben wäre desaströs. Wir steuern auf eine **Cookie Banner 2.0 Situation** zu, in der die sensibelsten Daten mit staatlicher Echtheitsgarantie nur einen unbedarften Klick davon entfernt sind, für immer in falsche Hände zu geraten? Biometrische Daten und signierte Daten verfolgen uns ein Leben lang. Der EU Gesetzgeber hat einen opt-out vorgesehen, der in Deutschland auch genutzt werden sollte. Inklusive einem Schutz vor Schlechterstellung für jene, die vom Opt-out Gebrauch machen.

1 https://www.bundestag.de/ausschuesse/a23_digitales_staatsmodernisierung/anhoerungen/1216764-1216764

Der größte **Erfolgsfaktor** dieses Projekts ist letztlich das **Vertrauen der Bevölkerung**.

Vertrauen wird mühsam verdient und nicht proklamiert oder zertifiziert.

Der schnellste Weg es zu verlieren, ist Menschen zu etwas zu zwingen.

Die weltweite Erfahrung mit digitalen Identitäten – von Norwegen bis Indien – hat einen traurigen Treppenwitz: Immer steht am Anfang das politische Versprechen der Freiwilligkeit. Und immer wird es gebrochen mit einem faktischem Zwang. Gewisse Erledigungen funktionieren nur noch mit digitaler Identität. Deutschland wird hier keine Ausnahme sein.

Deshalb gibt es den Schutz der Freiwilligkeit in der eIDAS Verordnung. Ich hab dafür gekämpft, damit wir es in Europa besser machen. Aber Recht zu haben und Recht zu bekommen sind zwei sehr unterschiedliche Dinge. Lassen sie die Menschen, um deren Vertrauen sie mit diesem Projekt werben, nicht allein. Schaffen sie eine **Anlaufstelle für Opfer von digitalem Ausweiszwang**, die auch Sanktionsmöglichkeiten gegen diese illegale Verwendung des Systems („*Über-Identifizierung*") in ihrem Repertoire hat.

Sie können nicht die Chancen haben, ohne den Risiken ins Auge zu sehen. Der Anspruch muss sein, alle in der Gesellschaft bei diesem Projekt mit zu denken: die volle Diversität der Gesellschaft und die Gefahren des staatlichen Missbrauchs und des Plattform-Feudalismus.

Vielen Dank!

Weiteres entnehmen Sie bitte unserer schriftlichen Stellungnahme[2].

2 https://epicenter.works/content/stellungnahme-zur-eidas-umsetzung-in-deutschland-digitales-identitaetengesetz